

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 24.06.2020

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 19:10 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic
Herr Jens Burnicki
Frau Dilek Dogan-Alagöz
Herr Ole Heimbeck
Herr Mehmet Ali Ölmez
Herr Ali Sedo Rasho
Herr John Jude Pirapakaran
Savarimuthu
Herr Michael Weber
Herr Cemil Yildirim
Herr Selim Yilmazer

Entschuldigt:

Frau Obasohan

Von der Verwaltung:

Frau Isfendiyar, Kommunales Integrationszentrum
Herr Turow, Kommunale Ausländerbehörde
Herr Hartmann, Amt für Jugend und Familie-Jugendamt-
Frau Wende, Kommunales Integrationszentrum

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Sitzung begrüßt Herr Vorsitzender Ölmez die Anwesenden und stellt fest, dass das Gremium beschlussfähig ist. Frau Adilovic schlägt die Erweiterung der Tagesordnung vor: ***Werkverträge bei Tönnies und die Haltung des Integrationsrates.*** Herr Ölmez lässt über den Antrag abstimmen, Dafür: 7 Stimmen, Dagegen: 2 Stimmen, Enthaltung: 1 Stimme. Der Antrag wird unter dem zusätzlichen TOP **5.2** behandelt.

Zu Punkt 1 **Einwohnerfragestunde**

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 06.05.2020**

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 06.05.2020 wird beschlossen.

-Einstimmig-

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

- Frau Isfendiyar bittet die Anwesenden um das Tragen der Schutzmasken. Sie informiert: Der diesjährige Empfang des Oberbürgermeisters am 19.08.2020 fällt leider aus.
- Herr Yilmazer bittet in der nächsten Sitzung darum, das Thema BuT (Bildung und Teilhabepaket) auf die Tagesordnung zu setzen.

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **10+1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors**

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 11178/2014-2020

Frau Adilovic und Herr Burnicki begründen den Antrag wie folgt:
Gegen die Gefahr des rechten Terrors, dessen Akteure immer skrupelloser agieren, sollte deutlich Position bezogen werden. Es sei dringend an der Zeit, den aktuellen Entwicklungen entgegenzutreten und ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen.

Sie führen aus:

Seit dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke und dem antisemitisch motivierten Terroranschlag in Halle an der Saale offenbare sich mehr und mehr die Gefahr rassistischer Denkweisen und rechtsextremen Terrors.

Menschenverachtende Hetze verbreite sich via Internet gegen Menschen, die aus islamischen Ländern entstammen oder jüdischen Glaubens sind und gegen Aktivisten/innen, Politiker/innen und Opferanwälte/innen werden Morddrohungen ausgesprochen.

Immer wieder wurden in jüngster Zeit Erinnerungsstätten für die Opfer der Terrorvereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) geschändet bzw. zerstört.

Der Landesintegrationsrat NRW regt mit der Kampagne „10+1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors“ die Integrationsräte in NRW an, in ihren Kommunen an einem geeigneten Ort an die Opfer des Rassismus und Rechtsextremismus zu erinnern.

Dabei sollen in jeder Kommune elf neue Bäume angepflanzt und eine Gedenktafel aufgestellt werden. Zehn Bäume stehen dabei für die zehn Opfer des NSU Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdođru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıc, Mehmet Turgut, Ismail Yaşar, Theodoros Boulgari-des, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat, Michèle Kiesewetter und ein Baum für alle weiteren Opfer rassistischer Angriffe. Ziel ist es, mit dem geplanten Erinnerungsort über die Dimension dieser Verbrechen zu informieren.

Der Integrationsrat setzt sich für die Realisierung dieses Projektes in Bielefeld ein. Der elfte Baum soll in Bielefeld dabei für die Opfer des Wehrhahn-Anschlags stehen. Durch die Einrichtung des Gedenkortes für die Opfer des NSU und des Wehrhahn-Anschlags setzt Bielefeld als Ort des vielfältigen und friedlichen Zusammenlebens ein Zeichen gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Vor der Entscheidung sollte die entsprechende Bezirksvertretung miteinbezogen werden. Ebenso sind Patenschaften zur Pflege der Bäume denkbar, beispielsweise von dort anliegenden Schulen, Kindertagesstätten, Bürgerinitiativen oder Privatpersonen.

Darüber hinaus wird im „Bielefelder Handlungskonzeptes gegen Rassismus und Rechtsextremismus“, das von allen politischen Gremien einstimmig beschlossen wurde, der Ausbau und die Verankerung der Erinnerungskultur für Jugendliche und Erwachsene als wichtige Maßnahme benannt.

Nach einigen Gesprächen mit der Geschäftsstelle/Verwaltung schlagen sie vor, folgende Änderung im Antrag vorzunehmen. Der im Beschlussvorschlag formulierte Satz „Hierfür vorgesehener Standort ist der Park der Menschenrechte“ wird gestrichen.

Ergänzt wird der Beschluss wie folgt:

“Hierzu wird eine kommentierende Gedenktafel aufgestellt“.

Für die Platzierung der Bäume liegt die Priorität weiterhin beim Park der Menschenrechte!

Herr Heimbeck hält eine Erinnerungskultur für einen wichtigen Baustein der Aufklärung.

Herr Weber erinnert daran, dass seinerzeit auf Basis eines Ratsbeschlusses eine Arbeitsgruppe eingerichtet wurde, um die Aktivitäten zur Erinnerungskultur zu entwickeln bzw. zu verankern. Es wäre vor diesem Hintergrund sinnvoll, an diese Aktivitäten anzuknüpfen.

Herr Yildirim bedauert sehr, dass das Verfahren zu den NSU Morden einfach zum „Abschluss“ gebracht wurde. Dieses habe nicht passieren dürfen. Insbesondere die Akten über das Verfahren um die Opfer müssten immer präsent sein.

Herr Yilmazer plädiert dafür, diese Initiativen zu unterstützen. Es habe nicht wenige Opfer gegeben, die in Vergessenheit geraten seien und die NSU-Morde sollten immer im Gedächtnis präsent sein.

Herr **Rasho** begrüßt die Initiative. Es solle an alle Opfer der Gewalt erinnert werden.

Herr Vorsitzender Ölmez dankt allen Beteiligten für die konstruktiven Beiträge und lässt das Gremium über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit das Projekt „10+1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors“ in Bielefeld, noch in diesem Jahr umgesetzt werden kann. Hierzu wird eine kommentierende Gedenktafel aufgestellt.

- einstimmig beschlossen –

~*~

Zu Punkt 5.2

Werkverträge und die Haltung des Integrationsrates

Frau Adilovic begründet den von ihr mündlich gestellten Antrag zu Werkverträgen in bestimmten Branchen in der Stadt. Der Skandal bei der Firma Tönnies habe mit aller Deutlichkeit erneut die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter ans Tageslicht gebracht: unmenschliche Bedingungen, ohne Informationen über ihre Rechte, ohne deutsche Sprachkenntnisse und ausgebeutet. Insbesondere die Wohnverhältnisse hätten die Menschen aufgeschreckt. Viele Arbeiterinnen und Arbeiter wüssten nicht, was sie unterschrieben haben. Es würden Verträge nur in deutscher Sprache vorgelegt ohne unterstützende Sprachmittlung. Und die Situation der Werkvertragsarbeiterinnen und –arbeiter betreffe nicht nur die Angestellten bei Tönnies, sondern es sei ein allgemeines Problem bei Neuzugewanderten. Sie würden oft mit falschen Versprechungen gelockt erführen von ihrem Schicksal erst nachdem die Verträge unterschrieben wurden und sie die Arbeit antreten. Um dieser Situation entgegenzutreten, plädiere sie für eine Erklärung bzw. Resolution des Integrationsrates.

Herr Burnicki und Herr Heimbeck halten es zwar für wichtig, sich mit dem Thema zu beschäftigen, allerdings wäre es nicht angemessen, sich zu einem aktuellen Vorfall in einer anderen Gemeinde zu äußern. Herr Burnicki regt an, das Thema Werkverträge in der nächsten Sitzung des Integrationsrates am 19.08.2020 zu behandeln.

Herr Weber erklärt, dass es schwierig sei, über eine Resolution bzw. Stellungnahme im Gremium zu debattieren, zu der kein schriftlicher Antrag vorliege. Das erschwere es, über ein so wichtiges Thema eine fachliche Entscheidung zu fällen. Er halte es für sinnvoll, eine Textvorlage vorzubereiten und ggf. in einer Onlineabstimmung einen Konsens zu finden.

Herr Yilmazer und Herr Yildirim finden es inakzeptabel, Menschen jenseits von humanitären Lebensumständen hausen und arbeiten zu lassen. Der Integrationsrat müsse sich des Themas der Werkverträge annehmen und eine Position entwickeln.

Zu Punkt 6

Terminvereinbarungen in der Kommunalen Ausländerbehörde

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10639/2014-2020

Herr Turow erläutert, dass die Terminvereinbarung bei der Ausländerbehörde demnächst online starten wird. Entsprechend des Konzeptes der Bürgerberatung wird es drei Möglichkeiten geben, um Termine zu vereinbaren:

- Online über die Homepage der Stadt Bielefeld
- Telefonisch über das Bürgerservicecenter, unter der Rufnummer 51-0
- SB-Termine vor Ort

Es werden weiterhin im Wartebereich der Kommunalen Ausländerbehörde Buchungstermine an Kundinnen und Kunden vergeben, die vorab keinen Termin vereinbart haben, so dass kurzfristig verfügbare Termine gebucht werden können. Die vorliegenden Plakate weisen auf das neue Terminkonzept hin und können u. a. auch Migratenorganisationen zur Verfügung gestellt werden.

Herr Ölmez dankt im Namen des Integrationsrates für das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörde.

Zu Punkt 7

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10897/2014-2020

Herr Hartmann stellt die wesentlichen Inhalte der Informationsvorlage vor und beantwortet die Fragen von Frau Adilovic und Herrn Yildirim.

Zu Punkt 8

Vorstellung der Antidiskriminierungsstelle bei der Stadt Bielefeld

Frau Wende stellt das Konzept der Antidiskriminierungsstelle vor (s. **Anlage**). Im Anschluss beantwortet sie die Nachfragen von Frau Adilovic, Frau Alagöz, Herrn Burnicki und Herrn Rasho. Herr Ölmez dankt Frau Wende für die Vorstellung und untermauert die Bereitschaft des Integrationsrates, die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle im Kommunalen Integrationszentrum weiterhin aktiv zu unterstützen.

Zu Punkt 9

Erhöhung der Beteiligung an der Wahl des Integrationsrates 13. September 2020

Der Vorstand des Integrationsrates legt großen Wert auf die Beteiligung der Migrantinnen und Migranten, sowohl an der Kommunalwahl als auch an der Wahl des Integrationsrates am 13.09.2020. Die Verwaltung berichtet über den Stand der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit für potentielle Kandidatinnen und Kandidaten wie auch für die Wählerinnen und Wähler. Es liegen nach wie vor Flyer und Plakate zur Wahl des Integrationsrates vor.

Um die Motivation der Wählerinnen und Wähler zu erhöhen, regt Herr Burnicki als Mitglied der AG Öffentlichkeitsarbeit an, intensiv die Sozialen Medien zu nutzen. Auch die Anwerbung von jungen Menschen, die für den Integrationsrat kandidieren, wäre begrüßenswert. Zu diesem Thema trifft sich der Vorstand mit der AG Öffentlichkeitsarbeit und entwickelt zeitnah Vorschläge.

Mehmet Ali Ölmez

Emir Ali Sağ